

BGH-Urteil: Folgen des Polizistentricks für Abholer im Kreis Coesfeld

BGH-Urteil zum „Polizistentrick“: Strafbarkeit von „Abholern“ erläutert. Erfahren Sie, was Sie im Verdachtsfall tun sollten.

In jüngster Zeit hat ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu einem kriminellen Phänomen aufhorchen lassen, das vor allem ältere Menschen trifft. Dabei handelt es sich um den sogenannten „Polizistentrick“, bei dem Täter sich als Polizeibeamte ausgeben, um ahnungslose Opfer zu betrügen. Das Urteil vom 19. Oktober 2023 (3 StR 181/23) schafft Klarheit über die rechtlichen Konsequenzen für so genannte „Abholer“, also jene, die für die kriminellen Machenschaften der Betrüger als ausführende Hand fungieren.

Bei diesen Betrugsfällen werden typischerweise ältere Bürger angerufen – häufig von Tätern, die sich im Ausland aufhalten. Über ein technisches Verfahren, das als Caller-ID-Spoofing bekannt ist, wird den Opfern vorgegaukelt, dass der Anruf von der Polizei stammt. Die Betrüger informieren ihre Opfer, dass Einbrecher es auf deren Ersparnisse abgesehen haben und fordern sie auf, ihr Bargeld und die Wertsachen einem sogenannten Polizeibeamten zur „sicheren Aufbewahrung“ zu übergeben.

Der Fall vor dem BGH

Das Urteil des BGH beschäftigt sich mit einem konkreten Fall, in dem ein „Abholer“ vor Gericht stand. Dieser war über ein Online-Chatportal angeworben worden und hatte die Rolle eines

falschen Polizeibeamten übernommen. Während derselben Tat kommunizierte er ständig mit anderen Komplizen, wobei einer dieser Kontaktpersonen die älteren Opfer unter Druck setzte, ihre Wertsachen herauszugeben. Der Angeklagte übernahm dann vor Ort die gestohlenen Gegenstände, behielt einen Teil der Beute (1.000 Euro) und transferierte den Rest auf ein ausländisches Konto.

Der BGH erkannte in diesem Verhalten einen gewerbsmäßigen Betrug, der zudem als Mitglied einer Bande verübt wurde. Dies ist von besonderer Bedeutung, da die Einstufung des Verbrechens erhebliche Auswirkungen auf das mögliche Strafmaß hat. Der BGH stellte fest, dass bereits das Wissen des Angeklagten über die Beteiligung anderer Personen sowie seine wiederholte Teilnahme an derartigen Taten den Tatbestand des gewerbsmäßigen Betrugs erfüllt.

Bande und gewerbsmäßige Handlungen

Ein zentrales Kriterium bei der Beurteilung des Verhaltens des Angeklagten war die Definition einer Bande. Eine Bande wird als Zusammenschluss von mindestens drei Personen beschrieben, die gemeinsam Straftaten verüben. Der Angeklagte war sich bewusst, dass er nicht allein handelte und dass andere Teilnehmer in die betrügerischen Aktivitäten involviert waren, auch wenn er ihre Identität nicht kannte. Dies hinderte ihn nicht daran, als Teil dieser Bande verantwortlich gemacht zu werden.

Die rechtlichen Konsequenzen für gewerbsmäßigen Betrug sind gravierend. Ein einfacher Betrug kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden. Wenn es sich jedoch um gewerbsmäßige Handlungen oder die Mitgliedschaft in einer Bande handelt, kann die Strafe auf mindestens sechs Monate bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug steigen. In diesem spezifischen Fall des BGH wird das Gericht besorgt sein über die Möglichkeit, dass unbekannte Mitglieder der Bande weiterhin operieren könnten, was häufig die Anordnung von Untersuchungshaft zur Folge hat.

Das Urteil unterstreicht die Dringlichkeit, solche Betrugsfälle ernst zu nehmen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Aufgrund der Komplexität der Fälle ist es unerlässlich, dass Angeklagte sich frühzeitig rechtlichen Beistand suchen. Die Einschätzung der eigenen Teilnahme an der Tat kann entscheidend für die Verteidigung sein, da nicht jeder, der in einen solchen Vorfall verwickelt ist, automatisch als Mitglied einer Bande gilt.

In Anbetracht der Schwere der Vorwürfe und der potenziellen Strafen sollte jeder, der in eine solche Situation gerät, ganz klar den Rat eines erfahrenen Strafverteidigers einholen. Es ist wichtig, genau zu prüfen, ob man tatsächlich eine zentrale Rolle bei den Betrugshandlungen gespielt hat und ob die Voraussetzungen für die Einstufung als „gewerbsmäßig“ oder „Mitglied einer Bande“ zutreffen.

Zusammenhang zwischen Alterskriminalität und Betrugsdelikten

Im Kontext des Polizistentricks ist es wichtig, die demografischen Merkmale der Zielgruppe zu betrachten. Ältere Menschen sind oft besonders anfällig für solche Betrugsmaschen, da sie möglicherweise ein höheres Maß an Vertrauen gegenüber Personen haben, die sich als Polizisten oder Beamte ausgeben. Laut einer Studie des Bundeskriminalamtes (BKA) aus dem Jahr 2023 sind die Opfer von Telefonbetrug häufig über 65 Jahre alt, was auf ein wachsendes Bedürfnis nach Aufklärung in dieser Altersgruppe hinweist.

Schutzmaßnahmen, wie Aufklärungskampagnen, könnten für ältere Menschen von entscheidender Bedeutung sein. Dies hat zur Folge, dass viele Senioren nicht ausreichend über die Möglichkeiten, die moderne Technologie bietet, informiert sind, etwa über Caller-ID-Spoofing. Die Förderung von Informationsprojekten könnte nicht nur dazu beitragen, das Bewusstsein für diese Art von Betrug zu schärfen, sondern auch

zu einer generellen Sensibilisierung im Umgang mit Anrufen von unbekanntem Nummern führen.

Auswirkungen auf die Gesellschaft und Präventionsansätze

Die wachsende Zahl von Betrugsfällen, insbesondere unter dem Vorwand, von den Behörden zu stammen, hat weitreichende gesellschaftliche Folgen. Diese Art von Verbrechen trägt nicht nur zur finanziellen Belastung der Opfer bei, sondern erweckt auch das Gefühl, dass man in den eigenen vier Wänden nicht sicher ist. Dies kann zu einer allgemeinen Verunsicherung in der Gesellschaft führen.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sind Präventionsmaßnahmen empfehlenswert. In vielen Städten wurden bereits Schulungsprogramme für Senioren ins Leben gerufen, die Informationen über Betrugsfallen bereitstellen und praktische Tipps geben, wie man solche Situationen vermeiden kann. Zudem ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und sozialen Institutionen entscheidend, um Informationsmaterial zu verbreiten und Vertrauen in die Polizei stärken zu können.

Ein weiterer Ansatz könnte sein, spezielle Hotlines einzurichten, an die sich potenzielle Opfer oder besorgte Angehörige wenden können, um Verdachtsfälle sofort zu melden. Auch die Bedeutung der Digitalisierung in der Präventionsarbeit kann nicht unterschätzt werden – durch leicht zugängliche Online-Ressourcen könnten Informationen schneller verbreitet werden.

Statistiken und Fallzahlen zu betrügerischen Anrufen

Die Statistik des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2022 verzeichnete einen Anstieg von 30% bei den Fällen von Trickbetrug im Vergleich zum Vorjahr. Im Fokus standen dabei

insbesondere Fälle mit dem „Polizistentrick“. Dies zeigt eine besorgniserregende Entwicklung, die auch in den ersten Monaten des Jahres 2023 fortgesetzt wurde.

Eine Umfrage der Verbraucherzentrale Deutschland ergab, dass 67% der Befragten bereits Opfer eines Telefonbetrugs wurden oder persönliche Kontakte haben, die betroffen sind. Dies verdeutlicht die weitreichende Verbreitung dieser Art von Kriminalität und die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung.

Zusätzlich nimmt die durchschnittliche Schadenshöhe pro Betrugsfall zu. Während 2020 der durchschnittliche Schaden bei etwa 2.500 Euro lag, belief sich dieser im Jahr 2022 auf über 4.000 Euro.

Diese Zahlen belegen eindringlich, wie wichtig es ist, über die Gefahren von Betrugsmaschen aufzuklären und kontinuierlich wirksame Präventionsstrategien zu entwickeln, um ältere Menschen und andere gefährdete Gruppen zu schützen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)